

Limmattal, im Februar 2026

Medienmitteilung der Limmattaler Wirtschaftsverbände

NEIN zur Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik (Klimafonds-Initiative)»

Die Klimafonds-Initiative verlangt die Schaffung eines neuen Fonds, in den der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts einzahlt (rund 4 bis 8 Milliarden Franken). Mit diesen Mitteln sollen Massnahmen im Bereich Klimaschutz, Ausbau der erneuerbaren Energien, Steigerung der Energieeffizienz sowie die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft finanziert werden. Die erforderlichen Mittel sollen aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden.

Die Initiative belastet den Bundeshaushalt massiv und setzt einseitig auf Subventionen, obwohl dem Bund bereits heute rund 2 Milliarden Franken pro Jahr für den Klimaschutz zur Verfügung stehen. Die Finanzierung bleibt offen und würde faktisch Steuererhöhungen oder neue Schulden erfordern.

Für KMU drohen höhere Abgaben sowie weniger Mittel für andere wichtige Aufgaben wie Wirtschafts- und Innovationsförderung oder Sicherheit. Bundesfonds bergen zudem das Risiko, private Investitionen zu verdrängen und Mittel ineffizient einzusetzen, statt marktwirtschaftliche Anreize und bewährte Instrumente weiterzuentwickeln.

Wirksamer Klimaschutz braucht klare Prioritäten, Verlässlichkeit der Finanzpolitik und marktwirtschaftliche Instrumente. Die Klimafonds-Initiative verfehlt dieses Ziel. Aus den genannten Gründen empfehlen die Limmattaler Wirtschaftsverbände, die Klimafonds-Initiative abzulehnen und am 8. März 2026 NEIN zu stimmen



Pascal Stüssi
Präsident KMU- und
Gewerbeverband Limmattal



Patrick Stäuble
Präsident der Vereinigung Industrie,
Dienstleistungen und Handel Spreitenbach



Dr. Andreas Geistlich
Präsident Wirtschaftskammer Schlieren



Dr. Josef Wiederkehr
Präsident Industrie- und Handelsverein Dietikon